300/AB
vom 20.04.2018 zu 297/J (XXVI.GP)

BUNDESKANZLERAMT ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIN FÜR FRAUEN, FAMILIEN, JUGEND
Dr. Juliane BOGNER-STRAUSS

GZ: BKA-353.130/0013-I/4/2018

An den
Präsidenten des Nationalrats
Mag. Wolfgang SOBOTKA
Parlament
1017 Wien

Wien, am 20. April 2018

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Yildirim, Kolleginnen und Kollegen haben am 22. Februar 2018 unter der **Nr. 297/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend mehr Plätze in Frauenhäusern und Notunterkünften für von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

- *Woraus ergibt sich die Differenz bei der Anzahl der Frauenhausplätze in Österreich, wenn die Autonomen Österreichischen Frauenhäuser 766 Frauenhausplätze angeben, Sie allerdings 1000 Plätze? Auf welche Daten greifen Sie zurück? Entsprechen diese 1000 Plätze den Kriterien der österreichischen Frauenhäuser?*
- *Welche Kriterien müssen Ihrer Ansicht nach erfüllt sein, damit beurteilt werden kann, ob es sich um eine „Notunterkunft“ bzw. um einen „Frauenhausplatz“ handelt?*
- *Wie ist die zahlenmäßige Aufteilung der Plätze auf Frauenhäuser und Notunterkünfte in den Bundesländern sowie Bezirken? Welche Einrichtungen bieten wie viele Plätze?*
- *Wie ist die Aufteilung von Plätzen auf Frauen und Kinder in den einzelnen Einrichtungen und Bundesländern?*
- *Streben Sie die Umsetzung der Empfehlungen des Europarates (1 Platz in einem Frauenhaus pro 10.000 EinwohnerInnen) in Österreich an? Wenn ja, bis wann? Was werden Sie unternehmen, damit die Empfehlung umgesetzt wird?*

UNTERE DONAUSTRASSE 13-15 ● 1020 WIEN ● TEL.: +43 1 53115-633400 ●JULIANE.BOGNER-STRAUSS@BKA.GV.AT●
WWW.BUNDESKANZLERAMT.AT ● DVR: 0000019

www.parlament.gv.at

Die meinen Ausbauplänen zu Grunde gelegte Zahl an derzeit zur Verfügung stehenden Plätzen beruht auf einer kursorischen Schätzung. Ausgehend von 766 Plätzen in Frauenhäusern und bundesweiten Notwohnungen, wie die des Orient Express oder der Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel scheint die Zahl von österreichweit ca. 1000 Plätzen in Anbetracht der vielfältigen Maßnahmen der örtlichen Gebietskörperschaften naheliegend. Zu nennen sind hier vor allem das Platzangebot der Stadt Wien in Übergangswohnungen oder auch die Übergangswohnungen einzelner Frauenhäuser in den Bundesländern. In dieser Schätzung sind auch Notunterkünfte, die nicht speziell für gewaltbetroffene, sondern aus anderen Gründen in Not befindliche Frauen eingerichtet sind, einbezogen.

Eine zahlenmäßige Aufteilung der Plätze auf Frauenhäuser und Notunterkünfte, insbesondere auf Ebene der Bezirke, anzugeben, ist mir aufgrund der Zuständigkeit der Länder in diesem Bereich nicht möglich.

Bei der Abgrenzung von Frauenhäusern und Notunterkünften orientiere ich mich einerseits an Artikel 23 der Istanbul Konvention, andererseits an den Frauenhäusern, die als professionelle und spezialisierte Einrichtungen die Qualitätskriterien für Frauenhäuser entwickelt haben. Ich darf in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Qualitätsbroschüre der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser verweisen:
http://www.aoef.at/images/06_infoshop/6-1_infomaterial_zum_bestellen/6-1-1_broschueren_und_folder/Qualitaetsbroschuere-AOEF_2017_web.pdf
Aus den bisherigen Ausführungen ist bereits ersichtlich, dass ein Teil der vorhandenen Plätze nicht den Kriterien der österreichischen Frauenhäuser entspricht.

Natürlich ist es dem Bundeskanzleramt ein großes Anliegen, die Empfehlung des Europarats umzusetzen und daher setze ich mich dafür ein, dass bis zum Jahr 2022 100 zusätzliche Plätze zur Verfügung stehen werden. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist es meinem Ressort jedoch noch nicht möglich, einen konkreten Zeit- und Umsetzungsplan anzugeben.

Zu den Fragen 6 bis 9:

- *Wie werden Sie den Schutz von Frauen und Kindern insbesondere in ländlichen Gebieten sicherstellen, in denen Frauen und ihre Kinder vielfach nicht so mobil sind wie in Städten?*
- *Für die Finanzierung der Frauenhäuser sind grundsätzlich die Länder zuständig, daraus ergibt sich die Frage, welche konkreten Maßnahmen Sie setzen werden, damit die Länder mehr Plätze zur Verfügung stellen? Ist seitens des Bundes geplant, die Länder in dieser Frage finanziell zu unterstützen? Wenn ja, in welchem Ausmaß?*
- *Wie werden Sie den Ausbau von Frauenhausplätzen sicherstellen, wenn aktuell von Einsparungen in allen Ministerien von 10% des Budgets die Rede ist?*
- *Wird das Bundesministerium für Frauen, Familie und Jugend von den oben genannten Einsparungen betroffen sein?*

Den Schutz gewaltbetroffener Frauen und Kinder sicherzustellen ist vorrangig Aufgabe der Länder. Die konkrete Planung von Maßnahmen sowie der dafür zur Verfügung stehenden Mittel erfordert daher eine Abklärung des Bedarfs und von Möglichkeiten sowie Handlungsalternativen einschließlich der Kostenfolgen.

Selbstverständlich wird auch das Bundeskanzleramt einen Beitrag zu einem ausgeglichenen Budget leisten müssen, im Regierungsprogramm ist jedoch der Gewaltschutz als zentrales Anliegen der Bundesregierung angeführt. Die budgetären Schwerpunktsetzungen können allerdings erst nach Beschlussfassung des Budgets 2018/19 getroffen werden.

Zu den Fragen 10 und 11:

- *Liegen Ihnen Daten vor, wie viele Frauen – aufgeschlüsselt nach Bundesländern – im vergangenen Jahr in Frauenhäusern nicht aufgenommen werden konnten? Wurden Wartelisten geführt und wenn ja, wie viele Frauen waren auf Wartelisten?*
- *Werden Sie auf die Länder einwirken, damit die Forderung der autonomen Frauenhäuser Österreichs, nach der flächendeckenden Möglichkeit, der bundesländerübergreifenden Unterbringung von schutzsuchenden Frauen und Kindern, gewährleistet wird?*

Meinem Ressort liegen keine nach Bundesländern untergliederten Daten über Frauen, die nicht aufgenommen werden konnten, vor. Auf Grund der Berichte der Frauenhäuser ist mir jedoch bekannt, dass offenbar in manchen Regionen Frauen aufgrund von Platzmangel nicht aufgenommen werden konnten. Laut Tätigkeitsbericht des AÖF - Vereins Autonome

Österreichische Frauenhäuser – betraf dies im Jahr 2016 336 Frauen. Wenn eine Aufnahme aufgrund von Platzmangel nicht möglich ist, bedeutet das jedoch nicht, dass jene Frauen zum Misshandler zurückkehren müssen. In diesen Fällen wird versucht, alternative Wohnmöglichkeiten zum Frauenhaus zu finden.

Die Forderung nach bundesländerübergreifender Unterbringung unterstützen die Expertinnen und Experten meines Ressorts als sinnvolle Maßnahme, insbesondere zum Schutz hochgefährdeter Frauen und Kinder. Die in der Bundesverfassung festgelegte Landeszuständigkeit erschwert es aber, eine entsprechende Regelung zu erreichen. Ich bin gerne bereit, dieses Anliegen bei sich bietenden Gelegenheiten anzusprechen und mich für eine konstruktive Lösung einzusetzen.

Zu den Fragen 12 und 13:

- *Gibt es seitens Ihres Ressorts Bestrebungen für die Erstellung einer bundesweiten Analyse sowie zur Erarbeitung eines Gewaltschutzplans samt entsprechendem Maßnahmenkatalog für das Bundesgebiet? Wenn ja, bis wann ist mit einem Ergebnis für einen möglicherweise „nationalen Aktionsplan“ zu rechnen?*
- *Wie werden Sie sicherstellen, dass Österreich das im Grevio-Bericht des Europarates positiv erwähnte langjährige politische Engagement zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen stetig weiterentwickelt?*

Die Erarbeitung eines Gewaltschutzplans samt Maßnahmenkatalog sowie die Weiterentwicklung der politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen obliegt nicht nur meinem Ressort; dies kann nur in Kooperation aller sachlichen berührten Ministerien und auch der Bundesländer gelingen. Mein Ressort hält jedoch zum derzeitigen Zeitpunkt die Erstellung eines Nationalen Aktionsplans nicht für zielführend. Es darf noch einmal auf das Regierungsprogramm verweisen, das den Schutz vor Gewalt als zentrales Anliegen der Bundesregierung anführt.

Mit besten Grüßen,

Dr. Juliane Bogner-Strauß



Unterzeichner	serialNumber=1026761,CN=Bundeskanzleramt,C=AT
Datum/Zeit	2018-04-20T09:37:09+02:00
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.bka.gv.at/verifizierung
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.

REPUBLIK ÖSTERREICH Parlamentsdirektion SIEGEL	**Unterzeichner**	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2018-04-20T09:42:15+02:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel
Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt.	